



Bürger*innenbrief

7. Oktober 2020

Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

»Paulihaus«-Grundstücksdeal +++ SAGA-Verkauf +++ Bildungsgerechtigkeit & Corona +++ Inklusive Schule

Liebe Leserinnen und Leser,



Fridays-for-Future-Demo am 25.9.2020 in Hamburg (Foto: Michael Joho)

der Sommer in Hamburg hat sich mit einigen sonnigen Tagen und vor allem der ersten Fridays-for-Future-Demonstration seit mehreren Monaten verabschiedet. Leider ist immer noch nicht klarer, ob das politische Leben, die Veranstaltungstätigkeit, die öffentliche Debatte wenigstens absehbar wieder in normales Fahrwasser kommen. Erste Rundgänge und Veranstaltungen sind trotz der inzwischen üblichen Vorsichts- und Hygienemaßnahmen recht gut besucht, es ist den Menschen das Bedürfnis nach Austausch und Diskussion, Kultur und Vergnügen anzumerken.

In der Linksfraktion geht es im Gefolge der gerade angebrochenen parlamentsfreien Herbstferien mit der Vorbereitung der – aufgrund der Senatsneubildung verspäteten – Haushaltsberatungen los. Ab Januar wird zunächst in den verschiedenen Fachausschüssen der Doppelhaushalt 2021/2022 beraten, die abschließende, dreitägige Lesung liegt dann im Frühjahr 2021 an. Nervende Zahlenkolonnen

und -tricksereien gilt es zu durchforsten, aber es geht dabei um nichts weniger als die Frage, wofür das Geld ausgegeben werden soll, nicht zuletzt auch darum, inwieweit die aus der Coronakrise entstandenen Zusatzkosten auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt werden. Oder dies eben zu verhindern, bzw., angesichts der Kräfteverhältnisse in der Bürgerschaft wenigstens zu attackieren. Einmal mehr werden wir dabei als LINKE überhaupt nur eine Chance haben, wenn sich auch außerparlamentarisch mehr regt. Wie leichtfertig der Senat mit dem Geld der »Großen« umgeht, das zeigt sich an der Warburg-Bank. Deren Cum-Ex-Geschäfte haben ihr bekanntlich 47 Mio. Euro eingebracht, die ihr nicht zustanden, auf deren Rückzahlung die Finanzbehörde aber verzichtet hat. Auf Betreiben der LINKEN und mit Unterstützung der CDU wird die Bürgerschaft dazu einen Untersuchungsausschuss einsetzen, der sicher noch einiges Delikate an die Oberfläche spülen dürfte.

Die internationalen Entwicklungen machen auch nicht gerade glücklich. Die Coronapandemie und der offensichtlich in den Hintergrund getretene Klimawandel (nehmen wir exemplarisch die klimafeindlichen Heizpilze, da sagen wir doch einfach mal: »Danke, Grüne!«) sind schon heftige Packungen, aber was uns nach dem 3. November erwartet, also nach dem Tag der Wahl des neuen US-Präsidenten, das mögen wir uns noch gar nicht so recht ausmalen.

Wir bleiben dran: im Kampf gegen Rechts, gegen die Abwälzung der Krisenlasten, für eine andere Wohnungs- und Schulpolitik. Und wir bemühen uns auch weiterhin, mög-

lichst viel Licht in so dubiose Geschehnisse wie im Fall der Warburg-Bank, der Genehmigung des Paulihauses und des anhaltenden Verkaufs von SAGA-Wohnungen zu bringen. Zu letzteren beiden Punkten bieten wir etwas im »vorliegenden« neuen »BB«, zum Warburg-Skandal empfehlen wir das Studium der Pressemitteilungen unseres Kollegen Norbert Hackbusch (www.linksfraktion-hamburg.de/fraktion/norbert-hackbusch/).

Sabine Boeddinghaus und Heike Sudmann
Hanno Plass und Michael Joho

Auf Kosten des Stadtteils und der Stadt

Heike Sudmann über den »Paulihaus«-Grundstücksdeal



Transparent an der Budapester Straße (Foto: Heike Sudmann)

Die Stadt Hamburg hat vor zwei Jahren ein zentral gelegenes Grundstück an der Budapester Straße auf St. Pauli ohne öffentliche Ausschreibung einem Baukonsortium, das sich selbst den Namen »Paulihaus« verliehen hat, anhand gegeben. Auf dem schmalen Grundstück neben der Rindermarkthalle, wo ein Tonstudio und eine Kfz-Werkstatt sowie in einem weiteren, eingeschossigen Flachbau das Restaurant »Maharaja« untergebracht waren/sind, soll nunmehr ein sechsgeschossiger Büroklotz entstehen. Die Hintergründe für die Vergabe des Grundstücks sowie die begünstigten Personen und Firmen sind öffentlich nicht kommuniziert worden. Erst durch diverse Anfragen meinerseits an den Senat ist etwas Licht in das Dunkel gekommen. Doch leider hat das nicht gereicht, um die endgültige Grundstücksvergabe zu verhindern. Am 17. September 2020 hat die nichtöffentlich tagende Kommis-

sion für Bodenordnung dem Baukonsortium den Zuschlag gegeben. Dass das Grundstück im Erbbaurecht vergeben wurde, macht die Sache leider nicht besser.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Dirk Kienscherf, sieht das Ganze so: »Es ist im Interesse der Stadt, dass Grund und Boden wertsteigernd weiterentwickelt werden. Genau das passiert beim Paulihaus.« (MOPO online, 17.9.2020) Dass diese wertsteigernde Entwicklung vom Stadtteil nicht gewollt ist, dass sie sich auch auf die Umgebung auswirkt und die Grundstücks- und Mietpreise in die Höhe treibt, will ich an dieser Stelle nicht vertiefen. Kienscherf & Co müssen sich jedoch fragen lassen, weshalb sie bereit sind, dem Baukonsortium nicht nur den roten Teppich auszurollen, sondern auch noch zig Millionen Euro aus Steuergeldern hinterherzuwerfen.

6,5 Mio. Euro ist der Betrag, den die Stadt für das Grundstück von dem Baukonsortium erhält. Theoretisch. Praktisch sieht es anders aus: Allein für die Herrichtung des Grundstücks an der Budapester Straße, also dafür, dass darauf neu gebaut werden kann, wird die Stadt bis zu 6 Mio. Euro bezahlen müssen (Verlegung von Sielen etc.). Weiterhin hat die Stadt Kosten für Altlasten- und Kampfmittelentsorgung zu übernehmen, die Höhe steht noch nicht fest. Fest steht jedoch, dass die Stadt 312.000 Euro Stellplatzabläse zahlt, weil durch die Pläne des Baukonsortiums Stellplätze der Rindermarkthalle verloren gehen. So etwas muss normalerweise der Verursacher bezahlen. Wegfallen werden auch die derzeitigen Mietzahlungen des Restaurants Maharaja, das dem Büroklotz weichen soll. Im Jahr beläuft sich die Miete auf 60.000 Euro.

Unterm Strich kann sich das Ganze also auch noch zu einem Minusgeschäft für die Stadt entwickeln. Konfrontiert mit diesem Risiko, sagen Kienscherf & Co, dass die Stadt doch nach 60 Jahren ein gut entwickeltes Grundstück zurückbekomme. Das ist echt der Hohn. Wer macht das Grundstück entwicklungsreif? Die Stadt. Wer zieht aus den erheblichen Mieteinnahmen im Laufe der 60 Jahre die Profite heraus? Das Baukonsortium. Würde die Stadt selbst bauen, würde sie nach der Refinanzierung der Baukosten die Gewinne einfahren. Der Großteil der Kosten wird sozialisiert, also von der Allgemeinheit getragen, die Gewinne werden privatisiert. Das ist eine tolle rot-grüne Politik!

Zu dem Baukonsortium gehörten ursprünglich »Hamburg Team«, »STEG Hamburg« und »ARGUS Verkehrsplanung«. Geschickterweise wurde dieser Kreis um das Unternehmen »Pahnke Markenmacherei« erweitert. Die Markenmacherei ist aus der Werbeabteilung des Süßwaren-Riesen »Storck« in Berlin hervorgegangen und hat seit Jahren ihren Sitz in Hamburg, in der Nähe des Fleischgroßmarkts. Vermutlich aufgrund der Drohung, den Unternehmenssitz nach Berlin zu verlegen, bekam die Pahnke Markenmacherei bei der Suche nach einem neuen Standort Unterstützung durch die Stadt und wurde zudem als Wirtschaftsförderungsfall anerkannt. Damit wurde es möglich, das Grundstück an der Budapester Straße ohne Ausschreibung an das Baukonsortium zu vergeben.

Die Stadtteilinitiative »St. Pauli Code jetzt«, die sich gegen den geplanten Büroklotz wendet, hat Interessantes zu Pahnkes Markenmacherei herausgefunden. Der Hauptgesellschafter mit einem Anteil von 65% ist Axel Oberwelland. Herr Oberwelland wird auf der FORBES-Liste der reichsten Menschen weltweit auf Platz 437 mit einem geschätzten Vermögen von mehr als 4,5 Mrd. Dollar geführt, er gehört gleichzeitig zu einer der 100 reichsten Familien in Deutschland und ist Eigentümer u.a. der Firma Storck. Hier ein älterer Artikel aus der »Wirtschaftswoche«: www.wiwo.de/unternehmen/suesswarenhersteller-das-bittere-nasch-erbe-von-storck-chef-axel-oberwelland/5616410.html. Aber Geld spielt in Hamburg bei der Wirtschaftsförderung keine Rolle. Wie titelte die ZEIT so schön passend am 17. September: »In Berlin Milliardär, in Hamburg Förderfall«.

Christine Wolfram wird fehlen!

»Die aktive Wilhelmsburger Linken-Politikerin ist in der Nacht zum 12. September im Alter von 66 Jahren nach kurzer schwerer Krankheit gestorben. Wilhelmsburg verliert damit eine langjährige Stadtteilpolitikerin und die Partei DIE LINKE sowie ihre Bezirksfraktion in Hamburg-Mitte eine engagierte Kämpferin für eine soziale, solidarische und grüne Elbinsel! Christine lebte seit ihrer Kindheit in Wilhelmsburg. Sie hat sich ihr Leben lang gegen die Zerstörung der Umwelt, wie zum Beispiel die Vernichtung von Biotopen und Kleingärten, Baumfällungen oder die Planung einer neuen Autobahn und für soziale Lebensbedingungen eingesetzt.

Ein besonderes Anliegen war ihr darüber hinaus der tägliche Kampf gegen den Faschismus. Ihr unermüdliches Engagement, ihre große Hilfsbereitschaft und ihre herzliche Art, mit der sie allen Menschen begegnet ist, werden uns schmerzlich fehlen.«

(aus dem Nachruf der Fraktion DIE LINKE in Mitte: www.facebook.com/Die-LINKE-Bezirksfraktion-Hamburg-Mitte-750340535013333/)



Foto: Bezirksfraktion DIE LINKE Hamburg-Mitte/ Lenthe/touistik-foto.de

Die SAGA verkauft und verkauft

Von Michael Joho



Demo vor dem Rathaus, 26.11.2019 (Foto: Michael Joho)

Vier Schriftliche Kleine Anfragen (SKA) zwischen Ende August und Ende September 2020 waren nötig, um wenigstens ein einigermaßen vollständiges Bild zu bekommen: vom lange anhaltenden Verkauf von SAGA-Wohnungen, also von Wohnungen, die zum größeren Teil mit öffentlichen Mitteln errichtet worden sind.¹

Ist schon das Verschern von öffentlichem Eigentum, allemal von Wohneinheiten (WE) in Zeiten der Wohnungsnot, ein Skandal, so ist der Umgang des Senats mit diesem Thema, lies: die Beantwortung der Kleinen Anfragen, schon fast eine Provokation, die eine/n an der Seriosität des Senats zweifeln lässt. Dafür nur einige Beispiele, die Skepsis aufkommen lassen, was die Abgeordneten erfahren, wenn sie es bei einer einzigen Anfrage belassen.

Auf die erste SKA von Heike Sudmann, »wie viele Wohneinheiten ... sich gegenwärtig noch im Verkaufsportfolio der SAGA« befinden, gab der Senat am 28. August die Zahl mit 1.120 an. In der Senatsantwort vom 18. September auf die zweite Anfrage – darin wurde nochmals nachgehakt, ob *wirklich* keine neuen Wohnungen ins Verkaufsangebot der SAGA aufgenommen wurden – war plötzlich von 888 WE die Rede, die die Stadt im Jahre 2015 an die SAGA zur weiteren »Bewirtschaftung« übertragen hatte. Und davon waren per 31. August 2020 zumindest 23 Objekte verkauft worden. In der Senatsantwort vom 29. September auf die vierte Anfrage wurde diese Zahl allerdings wegen eines Versehens nach unten korrigiert, auf 20. Geläutert durch diese überraschende Information fragte Heike Sudmann zuletzt noch einmal nach, wie viele von den 888 WE – abzüglich der bereits verkauften – denn »noch zum Verkauf vorgesehen« seien. Der Senat ant-

wortete, dass zurzeit für weitere »18 Wohneinheiten konkrete Verkaufsverhandlungen« liefen bzw. »Mieterinnen oder Mietern Ankaufsangebote unterbreitet« wurden. Wie viele Wohnungen aber nun noch zum weiteren Verkauf – nicht heute, aber vielleicht morgen – vorgesehen sind, blieb offen.

Auf die erste Anfrage antwortete der Senat am 28. August überraschend, dass aufgrund einer »Prüfung« (nach Protesten im Januar 2020) »der Verkauf von Wohnungen in Gebieten mit einer Sozialen Erhaltungsverordnung und in sog. Szenevierteln grundsätzlich eingestellt« worden sei, auch in »anprivatisierten« Häusern, in denen zuvor bereits erste Wohnungen von der SAGA verkauft worden waren. Auf die Nachfrage, wann das denn geschehen sei, antwortete der Senat am 18. September, »die grundsätzliche Einstellung erfolgte im Februar 2020«. Über die Jahre aufmerksam geworden durch allerlei, nun ja, auslegbare Aussagen des Senats – beim Begriff »grundsätzlich« gehen beispielsweise alle Alarmlampen an – wurde noch einmal hinsichtlich einer Tabelle nachgehakt. Darin waren nämlich einige Szeneviertel explizit nicht aufgeführt, obwohl doch »grundsätzlich« in allen Szenevierteln der SAGA-Verkauf eingestellt worden sei. Am 29. September musste der Senat einräumen, dass sich mindestens in zweien dieser Szeneviertel, nämlich in Othmarschen und St. Georg, immer noch »Restanten« im Portfolio befänden.

Am 18. September behauptete der Senat, dass »sämtliche seitens des Konzerns generierten Überschüsse für die hohen Neubau- und Modernisierungsleistungen in den SAGA-Wohn-

¹ Es handelt sich bei den genannten Anfragen um die Drucksachen 22/1134 vom 28. August, 22/1364 vom 18. September, 22/1465 vom 25. September und 22/1498 vom 29. September.

quartieren eingesetzt« würden. Nun ließ eine andere offizielle Angabe vom 21. August den Senat etwas dumm dastehen, denn da führte er in der Beantwortung einer CDU-Anfrage aus, dass die SAGA aus ihren Überschüssen 25 Mio. Euro zum 30. Juni 2020 an die Freie und Hansestadt Hamburg abgeführt habe. Darauf in der vierten Anfrage hingewiesen, eierte der Senat in seiner Antwort vom 29. September herum und meinte, dass »aufgrund von Verzögerungen bei Baugenehmigungen oder Kapazitätsengpässen von Baudienstleistern ... eingeplante Mittel im Jahr 2019 nicht vollumfänglich eingesetzt werden«, naja, und dann werden sie eben ins allgemeine Stadtsäckel eingebracht.

Ich könnte diese Ansammlung von kaschierenden, vergesenen bis verfälschenden Angaben noch um einige Kullerpunkte erweitern, hebe mir aber das »Beste« für das Ende des Artikels auf. Und versuche ansonsten, noch einmal grundlegend in das Thema einzuführen.

Seit 2002 gibt es das unter dem CDU-Senat geschaffene SAGA-Verkaufsprogramm »Endlich meins!« Damals forderte die oppositionelle SPD noch, »vom Verkauf von SAGA- und GWG-Wohnungen im Geschosswohnungsbau generell abzusehen« – so ihr Antrag vom 3. Dezember 2002 (Drs. 17/1860). Obwohl das Verkaufsprogramm für Mietwohnungen 2008 und für Reihenhäuser 2010 offiziell eingestellt worden ist, ging der Verkauf munter weiter, jedenfalls in den sogenannten anprivatisierten Wohnanlagen mit wenigstens einer bereits verkauften Wohneinheit. Das würde auf Dauer die Verwaltung der Objekte effektiver gestalten, und es sei ja auch ungerecht, nicht auch anderen Mieter*innen in einem anprivatisierten Haus die Möglichkeit zum Eigentumserwerb zu eröffnen. Alleine zwischen dem Programmstart 2012 und dem

31. Mai 2019 hat die SAGA 3.466 Wohnungen und Einfamilienhäuser aus ihrem Bestand verkauft (Drs. 21/17501 vom 18.6.2019). Von 2002 bis zum 31. August 2020 hat die SAGA rund 489 Mio. Euro durch Verkäufe eingenommen.

DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft hatte 2012 erstmals einen Antrag eingebracht, den Verkauf von SAGA-Wohnungen sofort zu stoppen (Drs. 20/3965 vom 24.4.2012). Doch mit den oben genannten Argumenten (Verwaltungsaufwand, Vertrauensschutz für auf der Verkaufsliste stehende Interessent*innen) wurde der Antrag abgelehnt. Acht Jahre später stellte DIE LINKE erneut einen entsprechenden Antrag (22/1442 vom 27.9.2020), der wiederum von den Senatparteien SPD und GRÜNEN abgelehnt wurde. Dabei wäre es ein einfacher Schritt, mit dem Verkauf der immer noch angebotenen 1.120 WE (inkl. 5 Gewerbeeinheiten) sofort Schluss zu machen. Der Senat hat ja auch jüngst bewiesen, dass es problemlos geht: Nach der bereits erwähnten, nur wenige Tage zählenden »Prüfung« wurden im Februar 2020 in Erhaltungssatzungsgebieten bzw. Szenevierteln 461 WE aus dem Portfolio der SAGA entfernt. Was lehrt uns also der Februar 2020? Die SAGA könnte selbstverständlich ihr Portfolio sofort auf Null zurückfahren, auch in anprivatisierten Wohnanlagen. Denn einen Unterschied im Verwaltungsaufwand bei Wohnungen in Szenevierteln und in anderen Stadtteilen gibt es nicht, wie der Senat naheliegenderweise zugestand (Drs. 22/1498).

Der CDU ging es bei dem Programm »Endlich meins!« 2002 um den Einstieg in die Privatisierung des städtischen Wohnungsunternehmens SAGA. Begründet wurde das Programm damals konkret damit, dass auch Mieter*innen mit geringerem Einkommen die Chance auf Eigentumserwerb bekom-

Unterstützt die Volksinitiativen »Keine Profite mit Boden & Miete!« Der letzte Aufruf der Lenkungsgruppe vom 30. September

Liebe Aktive für KEINE PROFITE MIT BODEN & MIETE!

Gestern haben wir zusammengezählt, wie viele Unterschriften bei den Mietervereinen eingegangen waren. Zusammen mit den von heute früh haben wir jetzt

- für die Volksinitiative 1 (Kein Verkauf) 8.800
- für die Volksinitiative 2 (Mieten dauerhaft günstig) 9.300 Unterschriften.

Damit ist es immer noch möglich, am 19. Oktober genug Unterschriften abzugeben, um auf 10.000 gültige zu kommen. Um ganz sicher zu sein brauchen wir 12.000 Unterschriften, denn es gibt immer einige, die aus verschiedenen Gründen nicht als gültig gewertet werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir in den verbleibenden gut zwei Wochen noch eine Schippe zulegen. Sammelgelegenheiten findet ihr hier: <https://semestriell.framapad.org/p/vi-boden-miete-sammlung-9ihl?lang=de>

Als ergiebig haben sich z.B. Wochenmärkte und Flohmärkte erwiesen. Tragt euch gern in das Pad ein, wenn ihr sammeln wollt. Wer weitere Sammelgelegenheiten kennt, kann sie auch gerne eintragen. Auch sollten die Möglichkeiten im Familien-, Freundes- und Kolleg*innenkreis auf jeden Fall genutzt werden.

Bitte sorgt dafür, dass alle eure ganz oder teilweise ausgefüllten Unterschriftenlisten am 15. Oktober bei einem der Mietervereine sind. Listen, die erst danach noch ausgefüllt werden oder wieder auftauchen, müssen spätestens am Wochenende 17./18. Oktober in den Briefkasten des Mietervereins zu Hamburg (Beim Strohhause 20) oder von Mieter helfen Mietern (Bartelstraße 30) geworfen werden.

Lasst uns noch mal richtig loslegen, damit wir Ende Oktober unseren Erfolg feiern können.



Unterschriftensammeln in St. Georg (M. Joho)

men sollten. Doch das war genauso verlogen wie die Aussage des amtierenden Senats, ein »sofortiger Verkaufsstopp« (zwölf Jahre nach Ende des Programms ...) könnte »als Benachteiligung gegenüber den übrigen Hausbewohnerinnen und -bewohnern verstanden werden, die bereits gekauft haben« (Drs. 22/1364)! Von wegen Eigentumserwerb durch die ursprünglichen Mieter*innen: Von 2002 bis Anfang Dezember 2018 haben – von den Einfamilienhäusern einmal abgesehen – lediglich 363 Mieter*innen ihre Etagenwohnung erworben, dagegen aber gingen 705 an so genannte Selbstnutzer von außen, also doppelt so viele (Drs. 21/15169 vom 4.12.2018)! Im Jahre 2019 standen 20,26 Mio. Euro an »Selbstnutzerkäufen« gerade noch 3,11 Mio. Euro an »Mieterkäufen« gegenüber, das ist ein Verhältnis von 1 zu 6,5 (Drs. 22/1465). Selbst bei Betrachtung sämtlicher SAGA-Verkäufe von Etagenwohnungen und Reihenhäusern/Einfamilienhäuser/Doppelhaushälften sind von 3.466 Objekten zwischen 2002 und Ende Mai 2019 lediglich 48,5% (= 1.681) an Mieter*innen gegangen (Drs. 21/17501). Von Anfang 2019 bis August 2020 gingen gerade mal noch 20% der Objekte an Mieter*innen (= 23 WE), aber 80% (= 90 WE) an Selbstnutzer*innen (Drs. 22/1134)! Und das soll mieter*innenfreundlich sein?

Da stellt sich doch die Frage, was vom sozialen Versorgungsauftrag der SAGA bei diesen Objekten noch übrig bleibt. Ganz offensichtlich geht es diesem Unternehmen schon länger um das vorrangige Einfahren von Gewinnen. So sind seit 2002 – wie oben erwähnt – rund 489 Mio. Euro Gesamterlöse aus den Wohnungsverkäufen gezogen worden. Kein Wunder, könnte mensch sagen, es wird bei den Verkäufen rausgeschlagen was rauszuschlagen ist: In 2019/2020 wurden mittlerweile 72% dieser Verkäufe (= 81 von 113) im Höchstgebotsverfahren getätigt (Drs. 22/1134)! Und das soll sozial sein?

Diese Einnahmen sind kein Pappentier. Sie generierten in den letzten Jahren 10 bis 15% der Konzernüberschüsse (Drs. 2/17501), 2012 waren es mit fast 46 Mio. von 175,7 Mio. Euro (www.saga.hamburg/das-unternehmen/pressebereich/downloads/Geschaeftsbericht%202012%20SAGA%20GWG_gesamt_web.pdf) sogar gut 26%. Ist ein öffentliches Wohnungsunternehmen dafür da, Teilbestände zu verkaufen und damit Gewinne zu machen? Nein, ganz bestimmt nicht.

Mal abgesehen davon, dass die Erlöse aus den Verkäufen gar nicht unbedingt der SAGA zugutekommen – weiter oben war ja bereits von 25 Mio. Euro in jüngster Zeit zu lesen – stellt sich doch überhaupt die Frage, warum ehemals geförderter Wohnraum überhaupt verkauft wird. Und dann noch unter der Maßgabe des Senats, dass »Ankäufe ... grundsätzlich *jedem* Haushalt offen(stehen)«, also völlig unabhängig von der Einkommenssituation (Drs. 22/1364, Nr. 12). Und wo bleibt da die soziale Verantwortung des Unternehmens?

Aber es kommt ja noch schlimmer. Im Jahre 2015 wurden aus einem Verkaufspaket der FHH 888 Wohnungen zur Bewirtschaftung auf die SAGA übertragen. Aus dieser »Tranche V« seien bis 31.8.2020 bereits 23 Objekte verkauft worden (Drs. 22/1364, Nr. 2), laut einer der Korrekturen wohl nur 20 (Drs. 22/1498, Nr. 5). Der entsprechende Beschluss zur Übertragung dieser 888 Wohneinheiten auf die SAGA er-

folgte in der Bürgerschaft am 17. Dezember 2014, mit den Stimmen der damals noch allein regierenden SPD (und denen der FDP, gegen die GRÜNEN und die LINKEN, bei Enthaltung der CDU). Und was steht in der betreffenden Senatsmitteilung vom 11. November 2014? Die Übertragung an die SAGA erfolge, »um sicherzustellen, dass die Wohnimmobilien des Allgemeinen Grundvermögens auch in Zukunft nicht an private Eigentümer verkauft werden«. Damit werde »gewährleistet, dass die Wohnimmobilien zukünftig im Eigentum eines Wohnungsunternehmens stehen, das seit über 90 Jahren für die Stadt Hamburg die Schaffung und die Verwaltung von Wohnraum in sozialer Verantwortung übernimmt« (Drs. 20/13587 vom 11.11.2014)!

Im Klartext: Da versprach die Senats-SPD 2014 also das Blaue vom Himmel: Die 888 der SAGA übertragenen Wohnungen seien in allerbesten Obhut, bei einem städtischen Unternehmen, das sich seit vielen Jahrzehnten durch seine soziale Verantwortung auszeichne – und verkauft wider diesen Beschluss schon mal die ersten 20 Objekte. Der jüngste Klopper ist zudem noch das Eingeständnis des Senats, dass der Verkauf dieser bisher 20 Wohneinheiten aus der Tranche V quasi im Geheimen ablief. Wie heißt es gleich in der Senatsantwort vom 29. September: Der Verkauf aus der Tranche V widerspreche »weder dem Sinn und Zweck der Drs. 20/13587 noch der Entscheidung der Bürgerschaft«, so dass diese »nicht gesondert informiert worden« sei (Drs. 22/1498, Nr. 4). Das ist allerdings eine außerordentlich steile Behauptung, es ließe sich auch so formulieren: Hier ist die Bürgerschaft hintergangen worden. Da ist der Umstand, dass von den bisher 20 Verkaufsfällen aus der Tranche V zum Durchschnittspreis von üppigen 350.000 Euro 17 an Selbstnutzer*innen gingen, nur eine von etlichen Petitesse am Wegesrand (Drs. 22/1498). Ebenso die Aussage, dass in 61 Fällen SAGA-WE an SAGA-Mitarbeiter*innen und ihre »Angehörigen« verkauft wurden (Drs. 22/1364), davon 8 in der attraktiven Steenkampsiedlung (Drs. 22/1498).

Aus all diesen Fehlentscheidungen und -entwicklungen, auch aus den halbseidenen und unterschlagenen Informationen, insgesamt durch die falsche Verkaufspolitik – auf den Weg gebracht durch die CDU, fortgeführt von der SPD und mittlerweile auch flankiert von den GRÜNEN –, kann die einzig richtige Schlussfolgerung nur lauten: Der Verkauf von Wohnungen und Reihenhäusern aus dem SAGA-Bestand muss sofort und endgültig eingestellt werden! Das wäre ein nachhaltiger Schritt gegen den Schwund günstiger Mietwohnungen einerseits und für die Bestandssicherung öffentlichen Eigentums im Interesse einer sozialen Nutzung andererseits. **Die Parole dieser Tage lautet daher: Keine Profite mit Boden & Miete!**

Wer die Bürgerschaftsdebatte zum SAGA-Antrag der Linksfraktion am 30. September in der Bürgerschaft nachvollziehen möchte, schaut am besten in die Parlaments-Mediathek: <https://mediathek.buergerschaft-hh.de/>. Und wer den Antrag lesen möchte, schaut hier: www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/72609/den_verkauf_weiterer_wohnungen_der_saga_endlich_stoppen.pdf.

Bildungsgerechtigkeit und Gesundheitsschutz

Hanno Plass über Schule in Zeiten von Corona



Podium der Veranstaltung am 23.9. im Rathaus (Foto: Hanno Plass)

Am 23. September lud die Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft zu einer hybriden Diskussionsveranstaltung ein, die die Lage der schulischen Bildung in Hamburg zum Thema hatte. Neben Sabine Boeddinghaus saßen Johannes Netz (SchülerInnenkammer), Anja Bensinger-Stolze (GEW Hamburg) sowie Ines Moegling und Heiko Habbe (Elterninitiative Sichere Bildung für Hamburg) am Tisch des Bürgersaals im Hamburger Rathaus.

Sabine Boeddinghaus umriss die Problem- und Fragestellung des Abends. »Es geht um Schule in Corona-Zeiten. ... Wir haben ja wirklich ein Experiment am offenen Herzen erlebt, als seit dem Lockdown nach den Frühjahrsferien alle Schulen geschlossen blieben.« Der Lockdown habe zum überwiegenden Teil zu Unterricht zu Hause geführt, mit einer Vielzahl von Problemen und Belastungen.

Diesen Problemen werde durch den Primat auf Präsenzunterricht nach Stundenplan, auf den der Schulsenator setze, nicht ausreichend begegnet – und die eklatante und verschärfte Bildungsgerechtigkeit könne damit nicht gestoppt oder gar gemindert werden. Denn durch die Folgen des Lockdowns sei noch nie so sehr über die seit Jahren wiederholt konstatierte Bildungsgerechtigkeit gesprochen worden. Schule sei wirklich als sozialer Ort wahrgenommen worden

und Lehrkräfte als Bindungs- und Bezugspersonen hätten an Bedeutung gewonnen.

Eindrücke aus dem Lockdown blieben gemischt, geprägt vom individuellen Engagement von Schulen und Lehrer*innen. Für Schüler*innen, so Johannes Netz, waren viele Fragen der Beschulung im Fernunterricht von der individuellen technischen Ausstattung, den Fähigkeiten und dem Einsatz abhängig. Anja Bensinger-Stolze stellte heraus, dass die Voraussetzungen für den Fernunterricht ein großes Thema für die Lehrkräfte (gewesen) sind. Daneben sei es in jenen Schulen, wo es noch Schulsozialarbeit gebe, möglich gewesen, benachteiligte Schüler*innen besser zu betreuen und einzubinden. Lehrkräfte hätten überwiegend die Erfahrung gemacht, im Moment der Teilöffnung in den kleinen Lerngruppen weitaus besser und qualitativ höher Lerninhalte vermitteln zu können.

Für Eltern war der Heimunterricht eine wahnsinnige Herausforderung, die kaum Würdigung findet. Dabei wurden die sozialen Barrieren und ein uneinheitliches Engagement der Lehrkräfte sichtbar und extrem bedeutsam. Gut lief die Betreuung der Kinder und Jugendlichen, wenn der Kontakt von Lehrer*innen, Schulsozialarbeiter*innen und anderen stabil bestand und Interessen am Lernen und Wohlergehen

deutlich wurde. Bildungsgerechtigkeit werde ihres Eindrucks nach nur bedingt durch den Primat des Präsenzunterrichts hergestellt, eben weil damit Schulschließungen in nur geringem Maße entgegengewirkt werde. Kleingruppen seien ihrer Ansicht nach das Mittel der Wahl für besseren Infektionsschutz und bessere Voraussetzungen für pädagogische Arbeit, gerade um die Lernrückstände aufzuholen.

Besonders in diesem Punkt bestand Einigkeit unter den Diskussionspartner*innen. Doch schon vorab hatte der Schulsenator dieser Option eine Absage erteilt: Halb so große Lerngruppen würden das Doppelte an Räumen und Personal erfordern – beides habe man nicht. Deutlich widersprach diesem Argument Anja Bensinger-Stolze, Normalbetrieb sei unter Pandemiebedingungen nicht möglich und der Fokus der Schulbehörde auf Prüfungen, Leistungsabfragen, Hauptfächer und vollen Stundenplan sei nicht in der Lage, die Kinder und Jugendlichen aufzufangen und Schule als sozialen Ort zum Leben zu erwecken. Und kleinere Lerngruppen, so unterstrich Moegling, würden es ermöglichen, unter größerer Beachtung des Gesundheitsschutzes unterrichtet zu werden.

Johannes Netz betonte weiterhin die positiven Erfahrungen des digitalen Lernens, das für viele Lehrkräfte ein Anstoß gewesen sei, dieses Medium produktiv für den Fernunterricht zu nutzen. Außerdem hätten viele Schüler*innen die Möglichkeit gehabt, ihr Lernen eigenständig zu organisieren und nach ihren individuellen Bedürfnissen anzupassen. An diese Beispiele sollte angeknüpft werden. Es reiche aber nicht, alle Schüler*innen mit digitalen Endgeräten auszustatten, auch die Lehrkräfte bräuchten diese und die Schulen bräuchten auch IT-Verwaltungskräfte. Und die digitale Infrastruktur, so Moegling, müsste stark ausgebaut werden, damit die Endgeräte überhaupt einsetzbar sind.

Wahrgenommen wird in der Elternschaft, dass für die Kinder und Jugendlichen die Unsicherheiten der Pandemie zu bewältigen ein größeres Gewicht hat als Leistungen und Noten.

Alle Teilnehmer*innen machten sich für einen experimentelleren, offeneren Unterricht und Schulkonzepte stark, ab-

gestimmt auf verschiedene Bedürfnisse und Lernweisen. Gerade in den jetzigen Zeiten sei kein normaler Unterricht wie man ihn kannte, möglich. Vielmehr solle an den einzelnen positiven Erfahrungen und Unterrichtsformen angeknüpft werden. Denn in der Organisation der Schule müsse dem Gesundheitsschutz und dem Recht auf Bildung Rechnung getragen werden. Einig waren sich alle auch darin, dass Schulschließungen vermieden werden sollen. Gerade dafür sei ein anderer Unterricht ohne die Engstirnigkeit von Präsenzunterricht nach Stundentafel nötig, um möglichst viel Präsenzunterricht für möglichst viele Schüler*innen zu gewährleisten.

So kam das Thema Lüften auf, das die Schulen – trotz der »20-5-20«-Regelung, die die Kultusministerkonferenz (KMK) seit kurzem empfiehlt – vor große Herausforderungen stellt. DIE LINKE hat dafür einen entsprechenden Antrag in die Bürgerschaft eingebracht (www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/72611/lueftungskataster_von_hamburger_klassenzimmern_erstellen.pdf), der demnächst im Fachausschuss behandelt wird.

Allerseits wurde in der Diskussion gefordert, dass die Schulbehörde wirklich und ernsthaft mit den Bildungsakteur*innen und Schulgemeinschaften kooperieren muss. Ein Hereinregieren aus der Behördenspitze führe nur zu Frustrationen und lasse all die guten Modelle und Strategien zur Schule unter Pandemiebedingungen unbeachtet – eine vertane Chance. Und ob die Behörde von sich aus alle Eventualitäten, auch die spezifischen Bedingungen vor Ort, im Blick und passende Lösungen parat habe, sei zweifelhaft. Bildung müsse von Grund auf neu und demokratischer gestaltet werden. Man würde, so fast scherzhaft, auf die Einladung zur Zusammenarbeit mit der Behörde warten und sei bereit, sich in einen positiven gestalterischen Prozess einzubringen.

Die gesamte Veranstaltung kann hier auf den Bildschirm gezaubert werden: [#](https://www.youtube.com/watch?v=rXeEAmiteoQ)

Tipps und Termine

An dieser Stelle möchten wir wieder auf einige Homepages der linken Abgeordneten hingewiesen. Der Anfang Oktober erschienene **monatliche Newsletter von Cansu Özdemir** bringt einen sehr persönlichen Nachruf auf den jüngst verstorbenen Altonaer Politiker der LINKEN, Robert Jarowoy (1952-2020, siehe dazu auch Heike Sudmann in diesem BB, S. 12). Links verweisen auf weitere Artikel zum Tod dieses großen Kämpfers. Darüber hinaus widmet sich Cansu Özdemir u.a. dem Arbeitsverbot für Sexarbeiter*innen, den desaströsen Bedingungen in den Hamburger Strafanstalten (1x Duschen pro Woche...) und den Prozessen von zwei IS-Rückkehrerinnen. Die Newsletter von Cansu Özdemir können hier eingesehen und auch abonniert werden: www.linksfraktion-hamburg.de/fraktion/cansu-oezdemir/newsletter-von-cansu-oezdemir/.

Die jüngsten Blogbeiträge auf der mehr oder weniger **tagesaktuellen Homepage von Heike Sudmann** (<https://heikesudmann.net/>) beziehen sich auf die erneut steigenden HVV-Preise zum Jahreswechsel und den anhaltenden Verkauf von SAGA-Wohnungen.

Wer sich ein Bild von den parlamentarischen Initiativen (Kleine und Große Anfragen, Anträge) der Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft machen will, dem/der steht die **Parlamentsdatenbank** (www.buergerschaft-hh.de/parldok/formalkriterien) zur Verfügung. Dort lässt sich beim »Urheber« – die/der gesuchte Abgeordnete anklicken, ein bisschen weiter unten bei »Dokumenttyp« runterscrollen, dann »Schriftliche Kleine Anfrage« anklicken, und schließlich noch auf »Suchen« drücken. In der laufenden 22. Legislaturperiode ergeben sich z.B. für **Sabine Boeddinghaus 39 Kleine Anfragen, Heike Sudmann folgt mit 35 Anfragen**.

Unter dem empfehlenswerten Link www.perlen-polieren.de/start/startseite verbirgt sich die **Initiative für Hamburger Wohnstifte** mit dem schönen Titel **Perlen polieren**. Mechthild Kränzlin (Homann-Stiftung), Ulrike Petersen (Stattbau) und Johannes Jörn (Patriotische Gesellschaft) haben die Initiative vor einigen Jahren ins Leben gerufen, seitdem entwickelt sie sich »dynamisch«, wie es auf der Website heißt. Und darum geht's: »Die Hamburger Wohnstiftungen sind Kostbarkeiten. Sie sollen erhalten und weiterentwickelt werden: im Sinne der Stiftungsziele und für die soziale Wohnraumversorgung in Hamburg. Dafür setzen wir uns ein.«



Zu den bemerkenswertesten, aber eben doch meist überlesenen »Infos am Wegesrand« gehört diese: **Reiche schädigen Klima sehr viel stärker als Arme**, so das Ergebnis einer großen weltweiten **OXFAM-Studie**. Der Bericht, so »Spiegel online« am 21. September, wertet die klimapolitisch wichtigsten Daten der Jahre 1990 bis 2015 aus, ein Zeitraum, in dem sich die globalen Emissionen verdoppelt haben. Und dies sind die beunruhigenden zentralen Daten: »Die reichsten zehn Prozent/630 Millionen) seien in dieser Zeit für über die Hälfte (52 Prozent) des CO₂-Ausstoßes verantwortlich gewesen. Das reichste Prozent (63 Millionen) allein habe 15 Prozent verbraucht, während die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung nur für sieben Prozent verantwortlich gewesen sei.« Kleine gehässige Ergänzung: »Die größten Emissionstreiber auch in Deutschland sind Flugverkehr und SUVs«, also die typischen Fortbewegungsmittel der ärmeren Hälfte der Bevölkerung... Mehr dazu und auch den Link zum englischsprachigen OXFAM-Bericht gibt es hier: www.spiegel.de/wissenschaft/reiche-schae-digen-klima-sehr-viel-staerker-als-arme-a-7113ddb4-e145-4c82-a036-32dcb1ab81d7.

Die bienenfleißige Rosa-Luxemburg-Stiftung hat eine weitere **Broschüre** herausgebracht. Auf 57 Seiten widmet sich der Autor Tim Engartner, Professor für Didaktik der Sozialwissenschaften an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, der **Ökonomisierung schulischer Bildung**. Engartner analysiert die jüngsten, bedrohlichen Entwicklungen, die weit über das Sponsoring von Unternehmen bei Schulfesten hinausgehen. Im Mittelpunkt steht bei der Untersuchung die Einflussnahme von Digitalkonzernen auf den »digital turn« im Klassenzimmer. Und klar, es geht auch um konzeptionelle Alternativen und politische Forderungen: www.rosalux.de/publikation/id/42166/oekonomisierung-schulischer-bildung?cHash=c1e883b004ab9d8f44f9a14031a2d661.

Eine andere, schon gut zwei Jahre alte Studie haben wir erst jetzt entdeckt, und zwar bei der Lektüre des neuen Buches von Christoph Butterwege mit dem Titel »Ungleichheit in der Klassengesellschaft« (Papyrossa Verlag



2020). Im Kapitel zur **»Wohnungleichheit«** schreibt der Autor über die Arm-Reich-Segregation und das soziale Auseinanderdriften von Stadtteilen. Konkret führt Butterwegge dabei Zahlen zur **»Schulsegregation«** in **Hamburg** an und zitiert dabei folgende Studie: »Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten«, verfasst von Marcel Helbig und Stefanie Jähnen. Das »Discussion Paper« des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung vom Mai 2018 gibt es hier: <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2018/p18-001.pdf>.

Aus der Zeitungslektüre sei hier ein einschlägiger Beitrag aus dem Berliner **Tagesspiegel vom 4. September** empfohlen. Er trägt den Titel **Hört auf, die Armen aus der Innenstadt zu verdrängen!** Und endet mit dieser lesenswerten Feststellung: »Statt den sozialen Wohnungsbau zu stigmatisieren, wäre die Politik gut beraten, wirksamere Instrumente gegen die Verdrängung von Armen aus der Innenstadt zu entwickeln, und zu überlegen, wie Neubau besser mit der Entwicklung von sozialer und technischer Infrastruktur verbunden werden kann. An beiden Stellen gibt es gerade in Berlin viel zu tun. Ein »Ghetto«-Diskurs hilft da nicht.« Mehr: www.tagesspiegel.de/politik/ein-ghetto-entsteht-nicht-durch-niedrigeinkommen-hoert-auf-die-armen-aus-der-innenstadt-zu-draengen/26155184.html.



Und noch ein erschütternder Artikel soll hier Erwähnung finden: der Kommentar **Gewöhnt euch nicht an die Verelendung** in den Online-Nachrichten von **Hinz & Kunzt** am 1. Oktober. Es geht um die in diesem Jahr verstorbenen Obdachlosen, ein Ergebnis der dramatischen Verschlechterung der Versorgungslage. »Gäbe es

Hinz & Kunzt
DAS HAMBURGER STRASSEN MAGAZIN

Corona nicht, könnten die Menschen in den Tagesaufenthaltsstätten essen, sich waschen, saubere Kleidung bekommen und – ganz wichtig – sich vom Straßenleben ausruhen. Das geht in diesen Zeiten so gut wie gar nicht. Unsere Arbeit als Sozialarbeiter*innen ist so schwierig wie nie zuvor. Das Hilfesystem ist mit Corona zusammengebrochen – und bis heute nur eingeschränkt wieder in Betrieb.« Der ganze Kommentar unter www.hinzundkunzt.de/gewoehnt-euch-nicht-an-die-verelendung/.

Wie dramatisch die Lage ist, unterstreicht auch der Umstand, dass in Hamburg in den vergangenen Monaten **so viele Obdachlose auf der Straße verstorben sind wie lange nicht mehr**. MOPO online vom 5. September: »Seit dem 1. November 2019 sind mindestens 33 Menschen ohne festen Wohnsitz in Hamburg gestorben. 26 von ihnen starben in einem Krankenhaus – einer von ihnen an Unterkühlung, ein anderer durch Fremdverschulden. Die anderen **sieben Menschen** wurden in Parks, leerstehenden Gebäuden, auf dem Bahnhofsgelände oder in Fremdwohnungen aufgefunden, heißt es in der Senatsantwort« (www.mopo.de/hamburg/nach-tod-von-frank-r-33-senat-so-viele-obdachlose-sterben-auf-hamburgs-strassen-37300668). Die Datenbasis für diesen Artikel hat eine Kleine Anfrage der neuen sozialpolitischen Sprecherin der Linksfraktion, Dr. Stephanie Rose, geliefert, deren zwei Teile in der Parlamentsdatenbank hier zu finden sind: www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/72305/todesfaelle_im_oeffentlichen_raum.pdf und www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/72458/todesfaelle_im_oeffentlichen_raum_ii.pdf.

Am Dienstag, den 20. Oktober, von 18.00 bis 20.00 Uhr, lädt der **Zukunftsrat Hamburg** zu einer **Online-Veranstaltung** ein. Diskutiert wird die Frage: **Wie geht es weiter mit der Bürger*innenbeteiligung in Hamburg?** Über



**ZUKUNFTSRAT
HAMBURG**

mögliche Formen und Probleme der Partizipation sprechen die Politikwissenschaftlerin und Journalistin Dr. Ute Scheub, der Jurist und ehemalige Sprecher des Zukunftsrats Hamburg Dr. Jochen Menzel und – als Moderator*innen – Helena Peltonen von Mehr Demokratie Hamburg sowie Dr. Ulf Skirke vom Zukunftsrat. Eine Anmeldung zur Onlinedebatte muss bis zum 19. Oktober per E-Mail an anmeldung@zukunftsrat.de erfolgen, noch mehr Infos unter ww.zukunftsrat.de/zukunftskommission.

Noch immer ist die »Live«-Veranstaltungstätigkeit pandemiebedingt arg beschränkt, aber immerhin, hier und da fängt es schon wieder an, wenn auch mit Abstands- und Maskenpflicht und der Beschränkung der Teilnehmer*innenzahl. Am **Sonntag, den 25. Oktober**, um 16.00 Uhr in der Theodor-Haubach-Schule (Haubachstraße 55), laden einige Altonaer Baugemeinschaften ein zu einer **Podiumsdiskussion über die Zukunft des Holstenareals**. Aber lassen wir die Initiator*innen mit ihrem Aufruf selbst zu Wort kommen (Stand: 28.9.2020).

Holsten knallt am dollsten! Podiumsdiskussion zur Zukunft des Holstenareals

Vier Mal wurde es weiterverkauft. Das größte Neubauvorhaben Hamburg-Altonas auf dem Gelände der ehemaligen Holsten-Brauerei droht endgültig zum Spielball von Investoreninteressen zu werden. Seit 2016 wandert das Areal in undurchsichtigen Verkäufen von einer Hand in die nächste. Dabei hat sich der Kaufpreis inzwischen mehr als verdoppelt. Für die geplanten Wohnungen und den umgebenden Stadtteil bedeutet dies explodierende Mieten, Preissteigerungen auf allen Ebenen und eine Gefährdung der gemeinwohlorientierten Einrichtungen.

Seit mehreren Jahren haben wir, mehrere Baugemeinschaften aus Altona, die Entwicklung um das Holstenareal verfolgt. Wir haben an diversen Bürger*innen-Beteiligungsverfahren und Veranstaltungen teilgenommen, uns geduldig Architekturpläne und Wettbewerbe angeschaut.

Jetzt sagen wir: Es reicht! Unsere Geduld ist am Ende. Stadtentwicklung ist kein Monopoly-Spiel. Der Investoren poker muss unterbunden werden. Den Willensbekundungen der Politiker müssen Taten folgen.

Am 25. Oktober laden wir deshalb zu einer öffentlichen Podiumsdiskussion zur Zukunft des Holstenareals ein. Wir wollen Bewegung in die Sache bringen und den Interessen der Anwohner*innen Gehör verschaffen. Es nehmen teil:

- Christoph Twickel, Journalist für DIE ZEIT
- Ein*e Vertreter*in der Baugemeinschaften der Neuen Mitte Altona (angefragt)
- Katrin Brandt, Baubetreuerin, STATTBAU HAMBURG
- Renée Tribble, Gast-Professorin für Stadtentwicklungsplanung, PlanBude, Vorstand fux eG
- Gabi Dobusch, Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, SPD
- Heike Sudmann, Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, DIE LINKE
- Petra Barz (Moderation), dock europe e.V.

Wir fordern:

- Schluss mit dem Investoren poker um das Holstenareal. Vorkaufsrecht der Stadt durchsetzen. Rekommunalisierung des Geländes. Die Instrumente dafür müssen geschaffen werden.
- Reale Teilhabe an der Stadtentwicklung statt Scheinpartizipation. Orientierung an den Bedürfnissen der Bewohner*innen.
- Selbstbestimmte und kollektive Wohnformen für Baugemeinschaften.
- Gewerbeflächen dürfen nicht auf die 20% des Baugeländes für Baugemeinschaften im Wohnungsbau angerechnet werden.

Sonntag, 25. Oktober, 16 Uhr, Aula der Theodor-Haubach-Schule

Veranstalter: Baugemeinschaften Haus of Commons, Lücke e.V., Wohnkollektiv Malwin



Robert Jarowoy ist gegangen

Von Heike Sudmann



Foto: www.die-linke-altona.de/

Am 21. September ist Robert Jarowoy seinem Krebsleiden erlegen.

Robert in wenigen Worten zu beschreiben, fällt schwer. Fraktionsvorsitzender in Altona, Kurdistan-Aktivist, Krimiautor, Bio-Käsehändler – das sind zwar Schlagworte, doch sie können nicht wiedergeben, was für ein Mensch Robert war.

Vor 20 Jahren habe ich Robert das erste Mal getroffen. Es ging um eine gemeinsame Kandidatur von »REGENBOGEN – für eine neue Linke« und der PDS zur Bürgerschaftswahl 2001. Aus diesem ersten Kontakt hat sich in den Jahren danach eine enge Zusammenarbeit in allen Fragen der Stadtentwicklung und der Wohnungspolitik in Altona und darüber hinaus ergeben. Nach und nach lernte ich Robert als einen Menschen kennen, der sich über alle Maße für seinen Stadtteil Ottensen, für den Bezirk Altona und auch für jede*n, der/die bei ihm Rat oder Hilfe suchte, engagiert. Er hatte ein offenes Ohr für alle, die sich nicht mit den Verhältnissen abfinden wollten, die sich in Initiativen für eine gerechtere, für eine sozialere und für eine grünere Stadt einsetzten. Tatkräftig unterstützte er sie. Wobei nicht nur er, sondern fast immer

auch seine langjährige Lebensgefährtin Ate (Beate) Reiss sich aktiv einbrachte. Die beiden zusammen haben DIE LINKE Altona geprägt. Und auch in den linken Bewegungen, neben der Kurdistan-Solidarität, waren sie wichtige und geschätzte Unterstützer*innen. Die Aufzählung der Initiativen, wo die beiden sich eingebracht haben, wäre sehr lang. Stellvertretend sei hier nur das »Altonaer Manifest« genannt. Der Tod von Ate hat Robert sehr getroffen, die Liebe und die Sehnsucht nach ihr blieben.

Mit Robert konnte ich inhaltlich streiten und – trotzdem – danach weiter gut mit ihm zusammenarbeiten. Von Robert konnte ich vieles lernen. Und mit Robert konnte ich lachen und mich an seinem Scharfsinn und Humor erfreuen. Ohne Robert – das kann ich mir immer noch nicht vorstellen.

Der Nachruf der LINKE Altona (www.linksfraktion-altona.de) fasst es gut zusammen: »Wir, DIE LINKE Hamburg-Altona, verlieren einen Antifaschisten, Internationalisten und Revolutionär, einen Kämpfer für eine sozialistische Gesellschaftsordnung. Und wir verlieren einen guten Menschen und Freund.«

Der Sprung in die Gegenwart: mit links!

Sabine Boeddinghaus über ein neues, inklusives Schulgesetz in Hamburg



Zeichnung: Professor25, www.istockphoto.com

Wir dokumentieren hier eine Rede, die Sabine Boeddinghaus bereits am 25. November 2019 im Saal der Patriotischen Gesellschaft gehalten hat. Darin begründet sie den von der LINKEN erarbeiteten Entwurf eines inklusiven Schulgesetzes. Wegen ihrer Grundsätzlichkeit hat die Rede nichts von ihrer Aktualität und Bedeutung eingebüßt.

Meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen,

ich freue mich wirklich sehr, dass Ihr alle da seid, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind!

Es begann bei einem Frühstück am Deich, als die Idee für ein inklusives Schulgesetz geboren wurde. Heute erblickt es das Licht der Welt. Ein ganz besonderer Moment für mich, für unsere Arbeitsgruppe und ich hoffe sehr, auch für Sie und Euch! Ulrich Vieluf, Christiane Albrecht, Helga Wendland, Hanno Plass und ich haben neun Monate an diesem Entwurf gearbeitet. In deren Verlauf haben wir viele Einzelaspekte mit ausgewiesenen Expert*innen erörtert, so z.B. mit Professor Wolfram Cremer von der Uni Bochum, Professorin Friederike Wapler von der Uni Mainz und Professor Felix Hanschmann von der Humboldt-Universität. Alle drei sind ausgewiesene Expert*innen in Schul-, Öffentlichem und Verfassungsrecht.

Im Rahmen zweier Lesungen haben wir zudem mit vielen Verbänden, Zusammenschlüssen, Organisationen, den Kammern, der Gewerkschaft und nicht zuletzt mit der Partei den Entwurf diskutiert.

Unsere Motivation für ein inklusives Schulgesetz liegt in der Überzeugung, dass eine gerechte Gesellschaft auch ein entsprechendes Schulwesen braucht. Wir haben aber ein Schulwesen, das die Ungleichheit und Ungerechtigkeit fort schreibt. Immer noch bestimmt die soziale Herkunft unserer Kinder ihren Bildungsweg. Je höher der Abschluss, und damit in der Regel das Einkommen der Eltern, desto wahrscheinlicher, dass auch ihre Kinder hohe Bildungsabschlüsse erreichen. Und umgekehrt: Wer in einer armen Familie aufwächst, dessen Bildungschancen sind deutlich geringer. Dieser Reproduktion von ungleichen Startbedingungen muss Einhalt geboten werden. Schule ist dabei eine, wenn nicht gar die zentrale Stellschraube, die über Bildungserfolg und Bildungsmisserfolg entscheidet. Ihr kommt also ein bedeutender gesellschaftlicher Auftrag für eine gerechte, inklusive Bildung zu.

Die Gesellschaft, wir alle, dürfen sie dabei aber nicht alleine lassen. Der schulgesetzliche Rahmen muss also so gestaltet sein, dass alle Kinder und Jugendlichen professionelle, pädagogische Begleitung erfahren, dass sie ihre Schule als

einen guten Lebens- und Lernort wahrnehmen, an dem sie alle ihren Platz finden und zu ihrem Recht kommen. Dafür ist Grundvoraussetzung, dass sich die Schule nach ihnen und ihren Bedürfnissen richtet. Sie haben ein Recht auf inklusive Bildung. Sie haben ein Recht darauf, nicht ausgesondert und nicht beschämt zu werden.

Wir haben versucht, genau dieses Recht in seiner Allgemeingültigkeit in der Präambel festzuhalten, die den Geist unseres Gesetzes ausdrücken soll. Sie lautet: Alle nach diesem Gesetz schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen haben gleichen Zugang zu allgemeinen und beruflichen Schulen. Kein Kind, kein Jugendlicher darf aufgrund seiner Herkunft oder infolge einer Behinderung von dem Besuch einer Schule seiner Wahl ausgeschlossen werden.

Dieses Recht auf inklusive Bildung leitet sich unmittelbar aus den UN-Konventionen über die Rechte von Behinderten und über die Rechte von Kindern ab, die beide von der Bundesregierung unterzeichnet wurden. Diese Konventionen erfordern die Umsetzung in Landesrecht. Ein Augenmerk auf beiden Konventionen liegt in der schulischen Bildung. Die UN-Konventionen, ich komme wiederholt auf sie zu sprechen, fordern eine Reihe von staatlichen Maßnahmen, um inklusive Beschulung aller Kinder und Jugendlichen zu gewährleisten. Der Anspruch auf eine solche Art der Beschulung hat weitreichende Konsequenzen für unser vielfältig gespaltenes Bildungssystem. JA, in Hamburg haben wir ab Klasse 5 »nur« zwei Schulformen, Stadtteilschule und Gymnasium. Das ist weniger als in den meisten anderen Bundesländern. Aber es ist, vor dem Hintergrund der Aufgaben inklusiver Bildung, immer noch zu viel. Zu viel an Ausschluss, zu viel an Abschlusung, zu viel an einer Zwei-Klassen-Bildung und damit zu viel an Ungerechtigkeit und zu viel an Verletzung der Normen der UN-Konventionen. Diesen Befund bestätigen auch die Bildungsforscher*innen Karl Dieter Schuck, Wulf Rauer und Doren Prinz in der von ihnen erstellten EiBiSch-Studie. Ihr Bericht über die Evaluation inklusiver Bildung in Hamburgs Schulen erreichte zwar die Bürgerschaft als Drucksache, verhallte aber sowohl beim Senator, als auch bei Rot-Grün ungehört. Die Bildungsforscher*innen halten fest: »Das Hamburger »Zweisäulenmodell« in der Sekundarstufe [...] verschärft den Trend zur gesellschaftlichen Exklusion.« Also, statt mehr Gerechtigkeit zu bringen, verstärkt das Zweisäulenmodell sogar noch die soziale Spaltung! Die Bildungsforscher*innen fordern die pädagogische Begleitung individueller Lernprozesse, ein »Lernen im eigenen Takt«. Sie weisen auch darauf hin, dass die inklusive Förderung in der Schule nicht nur quantitativ gesteigert, sondern auch qualitativ auf die Lernwege der Kinder und Jugendlichen angepasst werden muss. »Adaptives Lernen«, so sagen sie, erfordert von den Pädagog*innen adaptiven Unterricht. Weiterhin erkennen sie in den Hamburger Gymnasien »weitgehend inklusionsfreie Räume«. Sie fordern daher, die Stadtteilschulen nicht mit der Aufgabe der Inklusion allein zu lassen, »sondern die Gymnasien in diesen Prozess mit einzubeziehen«.¹

Die beschriebene gesellschaftliche Exklusion hängt eng mit der sozialräumlichen Spaltung der Stadt zusammen. An-

gesichts stetig steigender Mieten, wachsender Armut und prekärer Arbeitsbedingungen driften die Regionen immer weiter auseinander. Das hat unmittelbare Auswirkung auf die Zusammensetzung der Nachbar- und Schulgemeinschaften.² Hier müssen natürlich eine gute Arbeits- und Sozialpolitik und eine kluge Stadtentwicklung zusammenwirken. Darauf hat unser Schulgesetz keinen unmittelbaren Zugriff.

Das zentrale Instrument der schulischen Exklusion ist der Verweis von vielen hundert Schüler*innen Jahr für Jahr vom Gymnasium aufgrund von Lernrückständen mit den bekannten Folgen von Demotivation und Selbstzweifeln. Die Stadtteilschulen (STS) bieten ihnen eine neue Perspektive, übernehmen die Verantwortung für Inklusion, Integration von geflüchteten jungen Menschen und weitere sehr vielfältige soziale Aufgaben. Der Schulsenator sagt, sie erhielten dafür ausreichend Ressourcen! Das Gymnasium muss befreit werden von der Pflicht, Schüler*innen abschlusen zu müssen. Es muss befähigt werden, seinen Beitrag zu Inklusion und Integration zu leisten. Und ich bin überzeugt, dass wir mit dieser Erwartung bei vielen Gymnasien offene Türen einrennen – viele haben sich ja bereits auf diesen Weg gemacht.

Und selbstverständlich müssen die Ressourcenzuweisungen dann an allen Schulen erhöht werden. Denn Lehrerinnen und Lehrer brauchen mehr Zeit zur Vorbereitung eines an den individuellen Lernmöglichkeiten der Kinder orientierten Unterrichts. Noch sieht die Realität an den Schulen oftmals anders aus. Eine erschreckend hohe Zahl an Lehrkräften arbeitet nur mit befristeten Lehraufträgen an den Schulen oder steht ihnen nur in Teilzeit zur Verfügung. Die Lehrkräfte stellen sich ihren vielfältigen pädagogischen und sozialen Aufgaben jeden Tag, aber der Schulsenator bemisst ihnen dafür im Lehrerarbeitszeitmodell (LAZM) viel zu knapp bemessene Zeitkontingente zu.

Zur schulischen Wahrheit gehört leider auch, dass immer mehr Schüler*innen krank werden in unserem Schulsystem. Prof. Schulte-Markwort, Leiter der Kinder- und Jugendpsychiatrie am UKE, beschreibt das in seinem Buch »Burn Out Kids«, sehr eindrücklich. Weil sie merken, dass sie dem Leistungsdruck, der Fremdbestimmung, den vielen unterschiedlichen Erwartungen nicht gerecht werden können. Wer eine entsprechende Anpassungsleistung nicht zur Verfügung hat, wird krank, schluckt Ritalin, reagiert mit Leistungsverweigerung oder mit manifestem Schulabsentismus. Ihre Rechte auf eine allseitige Teilhabe und weitgehende Mitbestimmung an den sie betreffenden Belangen werden systematisch vernachlässigt. Ihr Wohl, das Kindeswohl, ist darum Richtschnur unseres Gesetzes – Kinder dürfen nicht an der Schule krank werden, Schule darf nicht über sie hinweggehen.

Dabei sind ihre Lernpotenziale der Maßstab, sie sollen diskriminierungsfrei zur Entfaltung gebracht werden. Die Verabschiedung der UN-Übereinkommen über die Rechte von

¹ Karl Dieter Schuck/Wulf Rauer/Doren Prinz (Hrsg.): EiBiSch – Evaluation inklusiver Bildung in Hamburgs Schulen. Quantitative und qualitative Ergebnisse. Münster/New York 2018., S. 310f.

² Ebenda, S. 310.

behinderten Menschen und die Rechte von Kindern sind zwei Meilensteine für eine inklusive, demokratische Bildung. Beide Konventionen haben Maßstäbe gesetzt, an denen sich die Leistungen eines Bildungssystems messen lassen müssen. Wir haben dies in den Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schulen aufgenommen: § 2 Absatz 2 lautet entsprechend: Der schulische Bildungsauftrag schließt erzieherisches Handeln ein. Erzieherisches Handeln ist an den Rechten des Kindes gemäß dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes der Vereinten Nationen auszurichten und deren Verwirklichung verpflichtet.

Wiederholt wurde die Bundesrepublik durch den Kinderrechtsausschuss der Vereinten Nationen aufgefordert, »landesweit die Einführung eines inklusiven Bildungssystems weiterzuverfolgen, sicherzustellen, dass die erforderlichen Mittel verfügbar sind, sowie alle notwendigen Gesetzes- und Strukturreformen durchzuführen. Er [der Kinderrechtsausschuss] stellt fest, dass individuelle Bedarfe und angemessene Räumlichkeiten häufig nicht erkannt oder nicht zur Verfügung gestellt werden.«³

In diesem Jahr forderte die Monitoringstelle für Kinderrechte, dass die Bundesländer »jeweils ein Gesamtkonzept zum Aufbau eines inklusiven Schulsystems ausarbeiten«. Um dieser Forderung nachzukommen und im Einklang mit den Konventionen zu stehen, müssen bestehende Gesetze ge-

ändert werden. Unser Gesetzesentwurf sieht sich als genau diesen Schritt. Er formuliert den Rahmen eines inklusiven Schulwesens in Orientierung an den Empfehlungen und Vorgaben der Monitoringstelle. Die Rechte der Kinder und die Rechte auf Inklusion sind allgemein, niemand darf von ihnen ausgeschlossen werden. Alle Kinder, uneingeschränkt und ausnahmslos, sind Träger*innen dieser Rechte.

Schule im 21. Jahrhundert steht damit vor neuen Herausforderungen. Sie muss den Kindern zu ihren Rechten verhelfen. Sie muss verfügbar, zugänglich und barrierefrei sein. So fordern es die Vereinten Nationen. Und deren Konventionen sind die Basis unseres neuen Schulgesetzes ...

Mehr unter www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2019/11/Boeddinghaus_Rede_inklusives_Schulgesetz.pdf
Der Entwurf des neuen Schulgesetzes und weitere Materialien finden sich hier: www.linksfraktion-hamburg.de/schulgesetz/

³ Parallelbericht der Monitoringstelle für Kinderrechte 2019, S. 33, https://www.institut-fuermenschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/BERICHT/Parallelbericht_UNKRRK_Oktober_2019.pdf.



Sabine Boeddinghaus bei der Vorstellung des Entwurfs (Foto: Linksfraktion)

Kultur Tipp: American Geography



Links: El Paso, Texas, 2015 © Matt Black/Magnum Photos; Rechts: Detroit, 1971. The Jerry Berndt Estate 2020 www.deichtorhallen.de)

In weniger als vier Wochen finden die US-Präsidentenwahlen statt. Am 25. September hat das Haus der Photographie (Deichtorstraße 1-2) zwei Fotoausstellungen eröffnet, die einen unverstellten Blick auf die US-amerikanische Gesellschaft der Gegenwart und jüngsten Vergangenheit bieten. Diese Gesellschaft wird in den kommenden Jahren maßgeblich von dem reaktionären Oberpopulisten Trump oder von Joe Biden, dem wenig schillernden Demokraten und ältesten US-Präsidentenwahlkandidaten ever, geführt werden und droht in immer zugespitzteren Konflikten – einige reden auch schon von bürgerkriegsähnlichen Zuständen – in den Untergang des amerikanischen Modells einer immer fragwürdiger gewordenen Demokratie zu münden.

In den Deichtorhallen werden zum einen 78 Exponate von Matt Black (geb. 1970) gezeigt, einem der renommiertesten Fotograf*innen der USA, der seine Arbeiten bei der legendären Fotoagentur Magnum veröffentlicht. Matt Black »hat in seinen Arbeiten immer wieder den Zusammenhang zwischen Migration, Armut, Landwirtschaft und der Umwelt in seiner Heimat Kalifornien und in Süd-Mexiko dokumentiert. Für sein Projekt **American Geography** reiste er über 100.000 Meilen durch 46 US-Bundestaaten, darunter Kalifornien, Oregon, Louisiana, Tennessee und New York. Auf diesen Road Trips besuchte Black Gemeinden, deren Armutsquote über 20 Prozent liegt und die wie auf einer Landkarte

miteinander verbunden werden können.« (Aus dem Ausstellungstext)

Parallel wird die Ausstellung **Beautiful America** von Jerry Berndt (1943–2013) im Haus der Photographie präsentiert. Sie zeigt Werke seiner Dokumentations- und Straßenfotografie aus den 1960er- und 1980er-Jahren, mit denen es ihm gelungen ist, »einen einzigartigen Blick auf die soziale Verfassung Amerikas zu werfen. Gerade weil Berndt Teil der amerikanischen Protestbewegung war, werden zentrale Themen der jüngeren amerikanischen Geschichte wie die Bürgerrechtsbewegung, die Rechte von Afroamerikaner*innen, Patriotismus, Obdachlosigkeit, aber auch die vehementen Proteste gegen den Krieg in Vietnam, Rassismus, Atomkraft nicht nur überzeugend visualisiert: Vor einer stummen tristen amerikanischen Großstadtkulisse zeichnen sich soziale und kulturelle Lebensbedingungen ihrer Bewohner ab, die von tiefer Melancholie überschattet sind. (...) Berndt visualisiert eine wichtige, unbequeme Übergangsphase in der Geschichte Amerikas und hebt die buchstäbliche und ironisch gebrochene Schönheit der USA hervor.« (Aus der Ausstellungsankündigung)

Beide Ausstellungen laufen bis zum 3. Januar 2021. Der Eintritt beträgt 12,- Euro, ermäßigt 7,- Euro, die »Dienstagskarte« kostet 6,- Euro, Kinder und Jugendliche unter 18 sind frei. Dazu mehr Infos hier: www.deichtorhallen.de/besuch.

Mit diesem Bürger*innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger*innenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg; Sabine Boeddinghaus, Abgeordnetenbüro Wallgraben 24, 21073 Hamburg